



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 316
Verein Deutsche Sprache e.V.

Berlin, 18. August 2017

Frage 1.1:

Würde die SPD die Forderung des VDS unterstützen, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu verankern?

Antwort:

Sprache ist Ausdruck der Kultur eines Volkes. Sie unterliegt ständiger Veränderung. Das ist ein natürlicher Prozess und nicht aufhaltbar. Sprache unterliegt Trends und Moden. Sie ist lebendig und immer ein Spiegel der Gesellschaft. Normiert ist sie dort, wo es unerlässlich ist. Dort wo es einer offiziellen Sprache braucht: Für Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichte und Schulen. Wir halten daher die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz nicht für erforderlich. Wichtiger als juristische Fixierungen ist uns, die Sprachkompetenz der Menschen in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen (z.B. an Schulen) aktiv zu fördern.

Frage 1.2:

Beabsichtigt die SPD als Regierungspartei, die Stellung der deutschen Sprache in den EU-Einrichtungen zu verbessern? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen wird sie das tun?

Antwort:

Der SPD ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich stark mit Europa und seinen Einrichtungen identifizieren. Die deutsche Sprache ist hierfür von großer Bedeutung. Deshalb ist es gut und richtig, dass alle EU-Dokumente in alle Amtssprachen, also auch ins Deutsche, zu übersetzen sind. Darüber hinaus begrüßen wir es sehr, dass Deutsch neben Englisch und Französisch bereits eine herausgehobene Bedeutung als Verfahrenssprache in der EU hat. Die SPD setzt sich zudem für eine schnelle, grundlegende Überarbeitung des EU-Übersetzungsregimes ein.

Frage2.1:

Welche Maßnahmen will die SPD ergreifen, um Deutsch in der Wissenschaft als Publikationssprache und insbesondere als Lehrsprache an den Universitäten zu erhalten und zu stärken?

Antwort:

Deutschland profitiert bereits in besonderer Weise vom internationalen Austausch im Bereich von Forschung, Innovation und Entwicklungszusammenarbeit sowie bei der wissenschaftlichen Mobilität. Unsere SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode ein Positionspapier „Außenwissenschaftspolitik – Herzstück der Internationalisierung von

Bildung und Wissenschaft“ beschlossen, welches die verschiedenen Instrumente beschreibt, wie die internationale Sichtbarkeit unserer Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen noch mehr erhöht werden kann. Hierzu zählt aus unserer Sicht auch die Förderung der deutschen Sprache, die ebenso in ihrer Form als Wissenschaftssprache weiter gestärkt werden sollte. Um Deutsch als Wissenschaftssprache in einigen Fachbereichen wie z.B. den Geistes- und Sozialwissenschaften weiter zu fördern, sollten Publikationen in deutscher Sprache besonders unterstützt werden. In Sachen Übersetzungsförderung ist das Goethe-Institut hier der zentrale Ansprechpartner. Ferner sollten gemeinsam mit dem DAAD und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geeignete Förderindikatoren entwickelt werden.

Frage 2.2:

Was wird die SPD dafür tun, dass die EU eine europäische, d.h. vielsprachige wissenschaftliche Publikationsdatenbank aufbaut und kostenlos anbietet?

Antwort:

Wir befürworten die Pläne der Europäischen Kommission, eine Europäische Cloud für offene Wissenschaft („European Open Science Cloud“) zu schaffen. Im Antrag „Starke Forschung und Innovation für Europas Zukunft“ hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode die politischen EU-Prioritäten „Open Innovation, Open Science, Open to the World“ (sog. „drei Os“) als Impulse für die Weiterentwicklung des gemeinsamen Engagements im Europäischen Forschungsraum begrüßt. Die Nachhaltigkeit ihrer Finanzierung sollte gesichert werden. Weitere wichtige und zu unterstützende Maßnahmen sind die von der Europäischen Kommission initiierte Anpassung des europäischen Urheberrechts an die Erfordernisse von Digitalisierung und Vernetzung sowie die verstärkte Förderung von „Open Science“ einschließlich „Open Access to Publication“. Geplante nationale Initiativen können als Stützpfeiler für die Schaffung einer „European Open Science Cloud“ dienen, in dem diese in intelligenter Weise europäisch vernetzt werden. Übergreifendes Ziel muss es sein, Europa im digitalen Zeitalter als Spitzenstandort in der Welt mit optimalen Infrastrukturen für exzellente Forschung und möglichst ungehindertem Informationsfluss in der Wissenschaft erfolgreich zu positionieren.

Frage 3.1:

Auf welche Weise sollen die Herkunftssprachen von Zuwanderern in den Schulunterricht einbezogen werden?

Frage 3.2:

Wie steht die SPD zur Einführung des Fachunterrichts in englischer Sprache, z.B. in naturwissenschaftlichen Fächern oder in Geschichte?

Gemeinsame Antwort 3.1 und 3.2

Junge Menschen brauchen vor allem ein Bildungs- und Ausbildungssystem, das optimale Förderung und individuelle Freiräume verbindet. Sowohl der Aufbau des Schulsystems als auch die Lehrpläne sind aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung richtiger Weise Sache der Bundesländer. Dies betrifft dementsprechend auch Fragen nach der Einbeziehung von Herkunftssprachen von Zuwanderern in den Schulunterricht oder auch die Einführung von Fachunterricht in englischer Sprache.

Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle – dafür setzt sich die SPD als Ganzes in Bund, Land und Kommunen ein. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder. Für uns bieten vor allem gute Ganztagschulen mehr Raum und Zeit für längeres, gemeinsames Lernen, dass den Bedürfnissen und Bedarfen

aller Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Wir wollen deshalb den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Dazu muss das Kooperationsverbot in der Bildung vollständig abgeschafft werden, damit der Bund überall dort helfen kann Bildung besser zu machen, wo es sinnvoll ist. Wir wollen darüber hinaus mit einem Schulmodernisierungsprogramm für gut ausgerüstet Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik sorgen. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir stärken, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen. Hierzu wollen wir auch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern fortsetzen und weiterentwickeln.

Frage 4.1:

Welche Rolle spielt eine klare und verständliche Sprache für die SPD beim Verbraucherschutz, z.B. bei der Benennung, Erklärung und Auszeichnung von Waren?

Antwort:

Wir wollen eine klare und verständliche Sprache auch als wichtigen Bestandteil des Verbraucherschutzes. Informationen und Kennzeichnungen sind aus verbraucherpolitischer Perspektive nur dann sinnvoll, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher sie verstehen und hieraus auch ihre Schlussfolgerungen ziehen können. Deshalb sollen Verbraucherinformationen so konzipiert sein, dass die notwendigen, wesentlichen Informationen – aber auch die erforderlichen rechtsverbindlichen Einwilligungserklärungen – sprachlich leicht verständlich sind.

Frage 4.2:

Wie steht die SPD zu den Auswirkungen der administrativ verordneten sog. „geschlechtergerechten Sprache“ auf das Standarddeutsche, dessen Funktionalität als Kommunikationsmittel dadurch eingeschränkt wird?

Antwort:

Wir wollen jeder Diskriminierung in unserer Gesellschaft offensiv begegnen. Das gilt auch bei sprachlicher Diskriminierung. Geschlechtergerechte Sprache ist ein effizientes Mittel zur Gleichstellung. Wenn Frauen durch Nichtnennung in der Sprache unsichtbar gemacht werden, ist das diskriminierend. Dabei sind die laufenden Bemühungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern eine grundlegende Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Es geht um den Abbau von Benachteiligungen, gleiche Teilhabe und eine von tradierten Rollenmustern freie, selbstbestimmte Lebensgestaltung beider Geschlechter. Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages im Jahr 1999, haben sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet. Gender Mainstreaming ist damit ein Auftrag, der sich sowohl an Politik, Bundesregierung, Verwaltungen, Organisationen und letztlich an die Akteure in diesen Bereichen richtet. Dieser Auftrag gilt selbstverständlich auch im Zusammenhang mit jeglicher Kommunikation. Die Anwendung einer geschlechtergerechten Sprache ist Bestandteil des Prinzips des Gender Mainstreaming, dem wir uns als Partei verpflichtet fühlen. Auch aus unserer Verfassung ergibt sich eine Verpflichtung des Staates für eine aktive und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik. Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) bestimmt „Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG) und nimmt den Staat ausdrücklich in die Pflicht, "die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern" zu fördern und "auf die Beseitigung bestehender Nachteile" hinzuwirken (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG).